

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Theresa Schopper, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/15931, 16/16717

### Verschreibungspflicht der „Pille danach“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit zu berichten,

1. wie die sogenannte Pille danach auf der Basis von Levonorgestrel wirkt, wie der Deutsche Ethikrat die Wirkungsweise einordnet und wie sich dies von anderen Mitteln, insbesondere dem Notfallkontrazeptivum mit dem Wirkstoff Ulipristal unterscheidet;
2. wie häufig in Bayern die Pille danach auf der Basis von Levonorgestrel für welche Altersgruppen in den letzten fünf Jahren verordnet wurde;
3. wie sie die Empfehlung des Sachverständigenausschusses für Verschreibungspflicht im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Aufhebung der Verschreibungspflicht aus dem Jahr 2003 und deren mehrfache Bekräftigung bewertet;

4. inwiefern ihr bekannt ist, ob und in welchen sonstigen Fällen der Verordnungsgeber im Bund nach § 48 Arzneimittelgesetz der Empfehlung des Sachverständigenausschusses über einen so langen Zeitraum nicht nachgekommen ist und welche Gründe sie dafür sieht;
5. inwiefern ihr bekannt ist, welche Erfahrungen andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – insbesondere Frankreich und Österreich – sowie die Schweiz mit der Aufhebung der Verschreibungspflicht gemacht haben und ob es dort nach der Aufhebung der Verschreibungspflicht zu einem auffälligen Anstieg der Abgabefälle gekommen ist;
6. ob die Apothekerinnen und Apotheker in Bayern nach ihrer Meinung bei einer rezeptfreien Abgabe der Pille danach auf der Basis von Levonorgestrel eine umfassende Beratung zur Anwendung des Präparats wie auch zur Kontraindikation geben könnten;
7. welche Fälle ihr bekannt sind, in denen Ärztinnen oder Ärzte bzw. Apothekerinnen oder Apotheker den Zugang für die Pille danach auf der Basis von Levonorgestrel für Frauen in Bayern in höherem Maß als rechtlich vorgeschrieben eingeschränkt haben und welche Konsequenzen dieses Handeln ggf. gehabt hat.

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident